

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/67

Hannover, 7. Juni 1948

## Vorschlag auf weite Sicht

R. R. Der Weltfrieden könnte am Tage der Entmachtung des sowjetischen Kommunismus von Dauer werden. Der Nationalsozialismus ist beseitigt, der Neo-Nazismus ist weltpolitisch ohne Belang. Der italienische Faschismus wird kaum die Köpfe verwirren und Japans Lehre vom heroischen, aber verdrüsslichen Lehen ist auch den Söhnen der aufgehenden Sonne unbequem geworden. Es bleibt der russische Kommunismus, dessen Ziel die Weltrevolution und dessen Mittel Verzweiflung, Chaos und Elend sind.

Sowjetrussland hat sich als ein am Weltfrieden nicht interessierter Partner erwiesen. Stalins Ausspruch vom "Kommunismus in einem Land" war eine Herese, und sein Vertrag mit Hitler eine opportune Gelegenheit, die nicht zuletzt aus der Verachtung des Kreml-Gewaltigen für die Demokratie zu erklären ist. Auf den Konferenzen in Potsdam, in Paris und in London sind alle Gelegenheiten, der Welt einen Frieden zu geben, von Russland zum Scheitern gebracht worden. Die Sowjets konnten kaum anders handeln, wenn sie nicht damit rechnen wollten, von der eigenen Politik in zehn oder fünfzehn Jahren überwältigt zu werden.

Kein Volk der Erde, auch nicht das russische, befindet sich aus eigenem Entschluss unter der Diktatur der kommunistischen Ideologie. Es ist nur eine Gruppe von einigen tausend Personen, die, im Besitz der Rechte antiker Satrapen, diesem Kommunismus den Halt geben. Obwohl dies durchaus den Tatsachen entspricht, ist die Regierung der "sozialistischen" Sowjetrepubliken eine gewaltige Realität, die in einem Kriegsfall mit der Unterstützung des ganzen 240-Millionen-Volkes rechnen kann. Hitlers Unterfangen hat es hinreichend bewiesen. Das russische Volk würde Stalins Parolen folgen - aus Furcht, aus nationalistischem Eifer, und weil es seit dreissig Jahren falsch informiert ist. In Wirklichkeit also hängt die Befriedung der Welt von der Sinnesart des russischen Volkes ab, und es wäre Frieden, wenn dieses Volk für Stalin nicht marschieren würde.

7. Juni 1948

Zweifelsohne sind auch die westlichen Völker bereit, drei Jahre nach Beseitigung der nazistischen Weltgefahr, aufs Neue ihre Freiheit zu verteidigen, lieber wäre es ihnen, dies ohne einen Krieg erreichen zu können. Seit der Verkündung der Truman-Doktrin liegt der Schwerpunkt aller Massnahmen des Westens in den Bemühen, dem russischen Machtpotential überlegen zu bleiben. Damit aber ist nur ein labiler, ein höchst unsicherer Friede möglich.

Und trotzdem sollte der Krieg nicht als letzter Ausweg gewählt werden! Die Vereinigten Staaten unternehmen es, durch großzügige Pläne die wirtschaftliche Gesundung der nichtkommunistisch beherrschten Welt wieder herzustellen, um hier zumindest den Kommunismus verkümmern lassen. Damit ist der Unsicherheitsfaktor in der Weltpolitik, den der russische Kommunismus nun einmal darstellt, leider nicht beseitigt. Es wird notwendig sein, sich an das russische Volk selbst zu wenden. Man entsinne sich, dass Russland das Land der Revolutionen, der Nihilisten, der professionellen Empörer war. Es wird zu den erstaunlichen Ereignissen dieses Jahrhunderts, das die Atombombe erfand, gehören, dass die westliche Welt vor dem Eisernen Vorhang resignierte und darauf verzichtete, eine Viertelmilliarde Menschen mit ihrem Geiste zu bezaubern. Hätte sie es getan, wäre Stalins Vertrauen zu seiner Macht über das russische Volk geringer und seine Politik eine andere. Der Hinweis, schon Hitler-Deutschland sei von russen nicht zu beeinflussen gewesen, wieviel weniger sei dann mit Russland zu rechnen, ist gegenstandslos, denn man hat sich erst im Kriege, als es zu spät war, direkt an das deutsche Volk gewandt.

Wenn der russische Kommunismus ohne Krieg beseitigt werden soll, muss die Kritikbereitschaft des russischen Volkes erreicht werden. Die westliche Welt muss sich entschliessen, die gleichen Ausgaben, wie sie für die gewaltigen Rüstungen bewilligt werden, für eine ebenso gigantische, an das gesamte russische Volk gewandte Propaganda bereitzustellen, um dieses Volk nach fünf, zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren von seiner Führung zu trennen. Nach einer solchen, vielleicht Jahrzehnte währenden, systematischen und zähen Bearbeitung würden eines Tages die Lenin und Trotzki des Anti-Kommunismus zur Tat schreiten und ein demokratisches Russland errichten, womit die Menschheit endlich einer neuen Epoche entgegengehen könnte.

#### Ein verdeckter neuralgischer Punkt

sp. Seit etwa einem Jahr ist es um die Türkei und um das Meerengenproblem überraschend ruhig geworden, nachdem die Kündigung des Abkommens von Montreux durch die Sowjetunion im Sommer 1946 eine der ersten grossen Krisen der Nachkriegszeit heraufgeführt hatte. Dieses Ereignis und seine Folgen, unter denen jene erste Truman-Anleihe für die Türkei und Griechenland die bedeutungsvollsten waren, hatten lange Zeit hindurch die politische Atmosphäre in diesem von jeher besonders empfindlichen Nervenpunkt bewegt.

7. Juni 1948

Ist diese jetzige Ruhe nur scheinbar, ist die Lage dort tatsächlich entspannt, oder sind die Spannungspunkte in der letzten Zeit auf andere geographische Breiten und politische Felder übergegangen? Keine dieser Fragen kann mit einem glatten Ja oder Nein beantwortet werden. Indes dürfte der Hauptgrund für die jetzige Situation einer unzweifelhaften Beruhigung die bewusst betriebene Zurückhaltung der beiden grossen Mächte sein, die sich wie an so vielen anderen materiellen und ideellen Punkten auch auf diesem Glacis noch wie vor in aller Schärfe gegenüberstehen, aber dort im Augenblick auf der Stelle zu treten für zweckmässig erachten. Dazu tritt die Mitwirkung und das Interesse der türkischen Staatsführung an einer wenigstens vorübergehenden Konsolidierung der Lage in ihrem Bereich und eine äusserst kluge und mit viel Fingerspitzengefühl betriebene zurückhaltende Taktik der türkischen Politiker, die trotz des so viel berufenen neuen Geistes von Ankara die alte Kunst der ehemaligen Hohen Pforte von Istanbul-Konstantinopel erkennen lassen.

Es wäre indes sehr gefährlich, sich einer Täuschung über den wirklichen Charakter dieser Art von Stille hinzugeben und das Meerengenproblem heute für weniger akut und aktuell zu halten, als vor zwei Jahren. Man darf nie vergessen, dass seit nahezu zweihundert Jahren alle Ereignisse in den Gebieten zwischen der Donau und dem Euphrat immer direkt oder indirekt mit dem Meerengenproblem zu tun gehabt haben, und die heutige Zeit hat die Aktualität dieser Kardinalfrage nicht geringer werden lassen.

Die nahezu einzige Ausnahme von dem allgemeinen Stillschweigen um die Türkei bildete die kürzliche Nachricht, dass die lange Jahre hindurch nur mit einem Geschäftsträger besetzt gewesene sowjetrussische Botschaft in Ankara wieder einen regulären Botschafter erhalte. Daraus kombinierte man hier und da prompt eine bevorstehende Änderung der Beziehungen zwischen Moskau und Ankara, und diese Kombinationen lassen sich fast so, als ob dieser doch ziemlich einseitige diplomatische Akt einen Freundschaftspakt gleichzusetzen wäre. Tatsächlich aber war dieser Akt nicht nur vorerst recht einseitig, sondern ausserdem unzweifelhaft nicht selbstlos und um der dunklen Augen der Türker willen unternommen. Eine Kombinatoren vergassen sicherlich daran zu denken, was sich inzwischen in Palästina getan hat, wie wichtig die dortigen Ereignisse und Verantwortlichkeiten für andere Probleme, unter Umständen sogar für das Meerengen sein und werden können, und um wieviel besser sich diese Angelegenheit verfolgen lassen. Sicherlich war solch ein Beobachtungsposten eine diplomatische Korrektur wert.

Von sehr viel realerer Bedeutung für die wahre Situation und die tatsächlich unveränderte und unbeeindruckt gebliebene Haltung Ankaras dürfte die besonders in allerletzter Zeit noch enger gewordene Verbindung mit Griechenland sein, wenn es sich gerade ereignet hat, dass der bisher italienisch gewesene Dodekanes unter griechische Hoheit gekommen ist und damit die griechische Flagge beispielsweise dicht vor den Raubampeln von Izmir-Smyrna weht, und wenn trotzdem ein sehr enger Pakt

zwischen der Türkei, die jedes Ressentiment zurückstellt, und Griechenland zustandekam, dann spricht das eine deutlichere Sprache als jene Kombinationen. Dazu kommt die bei aller Verhältnenheit sehr eindrucksvolle türkische Politik den Orientstaaten gegenüber, die sich über kurz oder lang zweifellos zu einem Staatenblock zusammenfinden dürften. In solchem Block würde die Türkei eine sehr wichtige Rolle zu spielen berufen sein. Es ist nicht zu verkennen, dass sie auch hier genau weiss, was sie will.

Für den aufmerksamen Beobachter der türkischen Lage hätte es kaum noch der logischen und reibungslosen Einordnung der Türkei in die Reihe der Marshallplan-Staaten bedurft, um der Klarheit und Unbeirrbarkeit ihres Kurses versichert zu sein. Dieser Kurs liegt, was Russland angeht, seit Peter dem Grossen fest; und seit der nunmehr 25 Jahre währenden okzidentalischen Ausrichtung der neuen Türkei ist dieser Kurs dem Westen gegenüber ebenso klar. Diese Tatsache vermag auch der Austausch eines Geschäftsträgers mit einem Botschafter nicht zu erschüttern. (b/B32/46/2/He) -ow

#### Missverständnisses Mandat

##### Zur Regierungskrise in Niedersachsen

sp. Die Zeitpause zwischen dem Rücktritt einer Regierung und dem Amtsantritt ihrer Nachfolgerin pflegt man eine Regierungskrise zu nennen. Krise deshalb, weil die demokratisch-parlamentarische Rechtskontinuität unterbrochen ist und die geschäftsführende Regierung, die notwendigerweise sein muss, sich nicht mehr auf den Willen der Parteien stützt, sondern auf das Vertrauen des Staatsoberhauptes, im Falle der deutschen Länder auf das des jeweiligen Militärgouverneurs. Unter normalen Umständen muss es das Bestreben aller beteiligten Faktoren sein, diese Situation möglichst bald zu beenden.

Die "normalen Umstände" treffen offenbar auf Niedersachsen nicht zu. Denn wenn eine Regierungskrise bereits drei Monate dauert, ohne dass sie sich verschärft hat, dann hat sie sich gewissermassen "eingespielt", hat ihre krisenhaften Züge nach aussen hin verloren und das "Unrecht" der geschäftsführenden Regierung ist zum Gewohnheitsrecht geworden. Es war schliesslich in Hannover soweit, dass man, wenn man auf die Regierungskrise zu sprechen, ein böses Wort vernehmen konnte; in den einzelnen Ministerien sei nie so energisch gearbeitet worden wie während der Zeit der Regierungskrise, weil jeder bei dem erwarteten Revirement um seinen Posten zitterte. Das mag übertrieben sein, es zeigt aber, wie sehr die allgemeine Auffassung sich vom eigentlichen Sinn des Begriffs "Regierungskrise" entfernt hatte und in Bezirke abgeglitten war, die der Demagogie vergangener Jahre verdammt ähnlich sahen.

Dabei hat es in Niedersachsen tatsächlich eine Krise gegeben, die sich weniger in den leeren Regierungsbänken des Landtages demonstrierte als im Denken jener Leute, die berufen sind, diese leeren Bänke wieder besetzt zu machen. Was bei dieser Betätigung zutage kam und zumal allem noch drei Monate anhielt, war mehr als unerfreulich. Es sind mit leichter Hand Positionen geopfert worden, die man acht Tage vorher

nur über die eigene (parlamentarische) Leiche aufzugeben bereit war, es sind Interessen ins Spiel geworfen worden, die mit dem Wohl des Landes, das man zu verteidigen vorgab, längst nichts mehr gemein hatten und was zwischendurch an Sympathien, Antipathien, Starrköpfigkeit, Intoleranz, Strebertum, politischem Ehrgeiz und Eitelkeit in den einzelnen Phasen der Verhandlungen Triumphe feierte und in der Krise neue Krisen schuf - das alles war ein wenig erhebendes Schauspiel. Dem Beobachter, der die einzelnen Stadien dieser effektiven Krise zu notieren gezwungen war, drängte sich ein wenig schmeichelhaftes Bild von der politischen Reife der Männer auf, die hier das Mandat des Volkes, gelinde gesagt, missverstanden. Sie haben jedenfalls dem demokratisch-parlamentarischen Gedanken einen Bärendienst erwiesen, wobei ihnen wahrscheinlich kaum zu Bewusstsein gekommen ist, dass sie im Begriffe sind, sich selber den Ast abzuschneiden, auf dem sie sitzen.

-dt.

### Jungsozialisten und HJ

sp. Der ehemalige HJ-Führer von Bremen, Oberbannführer Redeker, war von der Spruchkammer zu 1.000 Mark Geldstrafe verurteilt, die Strafe durch die bisherige Haft als verbüßt angesehen worden. Redeker wurde als ein anständiger, rechtschaffener Mensch geschildert, dem keine Brutalitäten oder der Befehl hierzu nachgewiesen werden konnten. Er hat als Nationalsozialist seine Dienstobliegenheiten peinlichst genau erfüllt. Der Vorsitzende der Spruchkammer, ein Sozialdemokrat, legte gegen das Urteil Berufung ein, Redeker wurde darauf in die Gruppe der Belasteten eingereiht, zu zwei Jahren Sonderarbeit und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt. Dies rief in Bremen einen Sturm der Entrüstung hervor, weshalb die Jungsozialisten von Bremen die bremische Jugend, insbesondere die ehemalige HJ-Führerschaft zu einem Diskussionsabend in der Parkhalle einlud. Etwa 1500 junge Menschen waren gekommen, sie debattierten vier Stunden lang hart auf hart. Sprecher der verschiedenen Parteien kamen zu Wort, auch solche der ehemaligen HJ-Führerschaft und als die Versammlung beendet war, ging eine einstimmig angenommene Entschliessung an die Öffentlichkeit, die u.a. folgende Sätze enthält: "...Die formelle Belastung eines jungen Menschen, der in seiner Grundhaltung anständig und sauber geblieben ist, dem persönlich keine Verbrechen nachgewiesen werden können, darf nicht dazu führen, ihn zeit lebens aus der Gemeinschaft auszustoßen". In der Entschliessung wird eine Revision des Urteils gegen Redeker gefordert, sie lehnt darüber hinaus "die Amnestierung der deutschen Jugend ab und fordert Freispruch wegen erwiesener Unschuld".

Zu dieser Entschliessung ist es nicht ohne Kämpfe und vor allem auch nicht ohne Auseinandersetzungen innerhalb der SPD selbst gekommen. Umso bemerkenswerter ist der Wandel, der sich hier abzeichnet und der in den Worten Hans Hermsdorfs, des Leiters der Jungsozialisten, zum Ausdruck kommt: "Wir Jungsozialisten sind bereit, mit all denen zusammenzuarbeiten, die den eigenen Irrtum erkennen und die Konsequenzen daraus ziehen".

(b/2/66/hs)

## "Steinsärge"

"Ich schwöre, dass ich nach bestem Wissen und Gewissen die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde", ist das Motto, das Gerhard Seger seinem 1934 schon in der Verlagsanstalt Graphia, Karlsbad, erschienenen Erlebnisbericht "Oranienburg" vangesetzt hat. Es war seinerzeit der erste Bericht seiner Art, der, in viele Sprachen übersetzt, in aller Welt ungeheures Aufsehen erregte. Heinrich Mann schrieb ein tiefbewegtes Vorwort. Aus der nur etwas über 60 Seiten umfassenden Broschüre geben wir heute, anlässlich des bevorstehenden Deutschlandbesuches des Autors, einen kleinen Auszug:

".....Deshalb liess der Lagerkommandant im Oktober Dunkelarrestzellen bauen, die, völlig aus Stein, eine Bodenfläche von 60 zu 80 Zentimetern hatten, so dass also ein Mensch darin gerade aufrecht stehen konnte. So mancher Gefangene ist gleich nach seiner Einlieferung und ersten Verprügelung in eine dieser Stehzellen gewandert, und mit wunden Füßen wieder herausgekommen.

Tatsächlich war diese grauenhafte Erfindung des Lagerkommandanten nichts anderes als eine Art aufrechtstehender Sarg. Ein Raum mit einer Bodenfläche von 60 zu 80 Zentimetern erlaubt gerade das Stehen; keine noch so geringe Biegung der schon nach kurzer Zeit erstarrenden Glieder ist möglich. Diese Steh-Bunker sind die Ausgeburt einer geradezu mittelalterlichen Folterknechtsphantasie. Die Gefangenen, die da hänsingepfercht wurden, haben entsetzliche Stunden, unsagbar qualvolle Nächte durchgemacht. In einem Zementsarg eingeschlossen zu sein, kein Glied rühren zu können, fühlen, wie die Glieder von unten her starr werden, zu schmerzen beginnen, wie die Knie durchsacken und an die Wand stossen, nicht wissen, wohin mit den Armen, wie noch länger stehen, und dazu die nicht geringere seelische Folter - das fürchterliche Bohren der Gedanken, die nur einen Inhalt haben: heraus aus dem entsetzlichen Zementsarg, die wachsenden Schmerzen des ruhelos eingesperrten Körpers, die die Tränen der Wut, der Verzweiflung in die Augen pressen, den rasenden Druck im Kopfe vernehmend, den das in den Schläfen hämmende Blut erzeugt - es ist eine Hölle, und der sie erfand, ist kein Mensch, sondern ein Vieh.

Viele Stunden lang wurden die Menschen in diese Steinsärge eingeschlossen. Ein Gefangener wird ins Lager eingeliefert, weil er draussen etwas Kritisches über Herrn Hitler gesagt haben soll. Er wird verprügelt, dass noch Tage darnach die blutunterlaufenen Stellen neben seinen Augen zu sehen sind, und er kommt vierzehn Stunden - vierzehn Stunden! - in einen dieser stehenden Steinsärge. Nach zwei Stunden tastet er, soweit er sich überhaupt zu bewegen vermag, die Wände ab, ob er nicht einen Halt für seine beiden Taschentücher findet, aus denen er eine Schlinge dreht....Vierzehn Stunden aufrecht stehend, um den Körper herum in wenigen Handbreiten Abstand die Mauern - das bringt einen Menschen auf den Weg zum Wahnsinn. - Aber vierzehn Stunden sind noch zu wenig. Der Schutzhaftgefangene Neumann wurde acht Tage und acht Nächte, 192 Stunden! 192 Stunden! in Stehsarg eingeschlossen. Er kam mit wahnsinnig schmerzenden, geschwellenen Füßen wieder heraus, die Knie waren wund vom Anprall an die Wand - grauenhaft. Das ist eine "Disziplinarstrafe" in Oranienburg, die aus geringstem Anlass vom Kommandanten völlig willkürlich verhängt wird.